

1 **SPD-Unterbezirk Mülheim an der Ruhr**
2 **Unterbezirksparteitag / Montag, 29.05.06**

3
4 **Antrag Juso 2 Offenlegung der Bezüge aus Mandatstätigkeit**
5

Antragsteller	Juso AG UB Mülheim an der Ruhr
Betrifft	Offenlegung der Bezüge aus Mandatstätigkeit

6
7
8 Der Mülheimer SPD-Unterbezirksparteitag am 29.05.2006 möge beschließen:
9

10 **Die für die Mülheimer SPD in Bund, Land und Kommune in Verantwortung**
11 **stehenden Abgeordneten und Mandatsträger legen alle ihre unmittelbaren und**
12 **mittelbaren mandatsbezogenen Einkünfte, d.h. die Einkünfte aus dem Mandat**
13 **selbst und aus solchen anderen Tätigkeiten, die durch das Mandat bedingt**
14 **sind oder auf dem Mandat beruhen, in geeigneter Weise für die Allgemeinheit**
15 **offen.**
16

17
18 **Begründung :**
19

20 Politikerskandale, Finanzaffären und der beim Bürger entstandene Eindruck von
21 Maßlosigkeit (Meyer, Flach, Arentz & Co) haben zu einer höheren
22 Politikerverdrossenheit und einem damit vermehrtem Ansehensverlust von
23 Abgeordneten und Mandatsträgern geführt. Hieraus folgt wiederum zwangsläufig ein
24 geringeres Vertrauen in die Politik, eine weiter sinkende Wahlbeteiligung und somit
25 eine Schwächung bzw. Diskreditierung der repräsentativen Demokratie.
26

27 Aus Sicht der Jusos muss es daher vorrangige Aufgabe sein, dieses Vertrauen in die
28 Politik und ihrer Politiker wieder zu stärken und zu festigen. So müssen die Politiker,
29 denen eine gewisse Vorbildfunktion in unserem System zukommt, alle
30 Anstrengungen unternehmen, um das Vertrauen, das ihnen mit der Wahl
31 entgegengebracht wird, zu rechtfertigen.
32

33 Dies kann dadurch geschehen, dass dem berechtigten Interesse der Bevölkerung
34 nach mehr Transparenz Rechnung getragen wird und die für die Mülheimer SPD in
35 Bund, Land und Kommune in Verantwortung stehenden Mandatsträger ihre
36 unmittelbaren und mittelbaren mandatsbezogenen Einnahmen für die interessierte
37 Öffentlichkeit zugänglich machen.
38

39 Wir fordern die Offenlegung der **unmittelbaren mandatsbezogenen Einnahmen**,
40 d.h. die durch das ausgeübte Mandat bzw. die Funktion entstehende Besoldung aus
41 Pauschalen, Sitzungsgeldern und Entschädigungen. Zudem sehen wir die
42 Notwendigkeit der Offenlegung der **mittelbaren mandatsbezogenen Einnahmen**,
43 d.h. die durch das Mandat resultierenden Nebentätigkeiten wie z.B. von
44 Aufsichtsratsposten und die damit erfolgenden Gehälter und
45 Aufwandsentschädigungen.

46 Zu Bedenken ist dabei, dass Ratsmitglieder ihre politischen Verpflichtungen nahezu
47 parallel zu ihrer Erwerbsarbeit ehrenamtlich ausüben, während Abgeordnete
48 Berufspolitiker sind. Daher haben diese ihre zusätzlichen **Nebentätigkeiten**

1 anzugeben, insbesondere gutacherliche, publizistische sowie Vortrags- und
2 Beratertätigkeiten, aus denen ein Zusatzverdienst entsteht.

3

4 Über die Internet-Seite der Mülheimer SPD www.spdmh.de würde mit dieser
5 „**Transparenz-Offensive**“ und der gewünschten Unterrichtung der Mülheimer
6 Bevölkerung einerseits das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker und in die
7 Politik gestärkt, sowie die Motivation von Menschen gekräftigt, sich in der Politik zu
8 engagieren.

9

10 Andererseits wäre dies ein offensichtlich notwendig geleisteter Beitrag zur Aufklärung,
11 um zu verhindern, dass falsche Verdächtigungen die wertvolle Arbeit der Politiker in
12 Misskredit bringen. Mit der Offenheit wird erreicht, Spekulationen über
13 Interessenkonflikte von vornherein jeder Grundlage zu entziehen und damit die
14 große Mehrzahl der Politiker, die sich ehrenhaft verhält, geschützt.

15

16 Mit dieser Konsequenz des Handelns zeigt die Mülheimer SPD Klarheit, Offenheit
17 und Transparenz. Sie zielt nicht auf die Schaffung des „*gläsernen Politikers*“ ab, der
18 seine gesamten persönlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse offen zu
19 legen hat, sondern sie klärt vielmehr die Anforderungen an Unabhängigkeit und
20 schützt vor dem Anschein der Käuflichkeit. Denn wer ernsthaft dem zunehmenden
21 Ansehensverlust der Politiker in Bund, Land & Kommune und der
22 Politikverdrossenheit entgegenwirken will, muss die notwendige Transparenz
23 gewähren, damit das Vertrauen wieder wachsen kann.

24

25 Dieses Vertrauen und die Offenheit werden sich nach unserer Meinung für alle
26 Beteiligten auszahlen – ganz bestimmt aber für die Parteiendemokratie unseres
27 politischen Systems, die gerade von **Glaubwürdigkeit** lebt.